

Neustadt:
Dre 6 8 e n,
in der Appeli-
tion, N. 11. 11. 11.
Casse Nr. 3.
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Preis:
vierteljährlich
12 1/2 Rgr. Zu
bezahlen durch
alle lgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. Die vor acht Tagen ausgesprochene Meinung, daß die polnische Frage und die ihr gegenüber eingenommene Haltung der Großmächte zu der Besorgniß, als könne Deutschland dadurch in einen Krieg hineingetrieben werden, einen begründeten Anlaß nicht bietet, hat durch den Verlauf, welchen bisher die hierüber angeknüpften diplomatischen Verhandlungen genommen, nur weitere Bestätigung gefunden. Die Großmächte haben sich bis jetzt nicht einmal zu einem gemeinsamen Schritte zu vereinigen vermocht, und es ist überhaupt wenig Aussicht vorhanden, daß eine solche Verständigung noch erzielt werden wird. England hat sich allerdings zu einer gemeinsamen diplomatischen Intervention mit Frankreich bereit erklärt; aber es scheint dabei nur die Absicht gehabt zu haben, vorzugsweise gegen Rußland vorzugehen und in Petersburg seine Stimme zu Gunsten Polens zu erheben, wobei es den englischen Interessen ganz willkommen gewesen wäre, wenn durch diese Einmischung das bisherige freundschaftliche Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland einen Stoß erhalten hätte, der für die Folge ihr gemeinschaftliches Auftreten im Orient unmöglich machen müßte. Frankreich dagegen scheint wenig Lust zu haben, sich ernstlich mit Rußland zu entzweien und sich in Petersburg lediglich auf freundschaftliche Vorstellungen beschränken zu wollen, während ihm die Unterstützung Englands bei einem entschiedenen Vorgehen gegen das Berliner Cabinet wegen der von letzterem mit Rußland abgeschlossenen Convention nicht unwillkommen gewesen wäre. Dazu hat sich aber das Londoner Cabinet, welches die Napoleon'sche Politik mit einigem Mißtrauen betrachtet, nicht bereit finden lassen, und so droht sich die ganze Sache zu zerschlagen. Oesterreich endlich, welches von den Westmächten ebenfalls zu einer gemeinschaftlichen Action eingeladen worden ist, hat jedwede Theilnahme hieran abgelehnt und gedenkt an seiner bisher beobachteten strengen Neutralität festzuhalten. Dabei sind allerdings nicht etwa die Sympathien für Rußland maßgebend, sondern es walten in Wien ganz andere Bedenken ob, die bisher beobachtete kluge Zurückhaltung aufzugeben. Eines theils ist das Interesse Oesterreichs lebhaft darauf angewiesen, auf die Erhaltung des Weltfriedens hinzuwirken und jedem Anlaß, der ihn zu Stören vermöchte, auszuweichen; das diplomatische Auftreten könnte aber möglicherweise zu weiteren Schritten nöthigen, zu denen man sich in Wien im Voraus nicht verpflichten mag. Andererseits hat aber auch eine Berufung auf die Verträge von 1815, welche der gemeinsamen Vorstellung in Petersburg als Basis dienen sollte, für Oesterreich ihr Bedenkliches. Denn die Besitzergreifung Krakaus, welche im Jahre 1846 erfolgte, hat den ärgsten Miß in jene Verträge gemacht und es liegt noch jetzt ein englischer und französischer Protest gegen jenen Act vor. Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, daß Oesterreich keine Neigung zeigt, durch einen collectiven Schritt die polnische Frage zu einer europäischen zu erweitern. Nicht geringeren Einfluß als die hier angedeuteten Verhältnisse hat endlich die zurückweichende Haltung Preußens auf die vorläufige Sistirung der beabsichtigten gemeinsamen Schritte ausgeübt. Es ist als gewiß zu betrachten, daß die zwischen der preussischen und russischen Regierung vereinbarte Convention in ihrer ursprünglichen Form nicht weiter zur Ausführung gelangt, sondern alle diejenigen Bestimmungen,

gegen welche die europäische Diplomatie Einspruch erheben könnte, schon jetzt beseitigt worden sind. Dafür spricht der Umstand, daß die russischen Truppen neuerdings bei der Verfolgung der polnischen Insurgenten an der preussischen Grenze, welche ihnen nach der Convention offen stand, Halt gemacht haben, während sie dieselbe früher unbedenklich mit den Waffen in der Hand überschritten. Bei alledem ist es immerhin möglich, daß bei einer etwaigen längeren Fortdauer des polnischen Aufstandes die russenfreundliche Politik Preußens den Westmächten weiteren Anlaß zu diplomatischen Vorstellungen geben wird, aber zu ernstlichen Verwickelungen wird es, soweit sich bis jetzt die Sachlage übersehen läßt, schon um deswillen nicht kommen, weil die Ziele der europäischen Großmächte in dieser Frage vielfach auseinandergehen.

Während die Frankfurter Berichte über die Verhandlungen der deutschen Bundesversammlung auch in dieser Woche völlig bedeutungslos sind, läßt sich der Pariser Moniteur von dort schreiben, daß die preussisch-russische Convention wegen der Folgen, die daraus der Gesamtheit des deutschen Bundes erwachsen könnten, zu einer Interpellation an den preussischen Gesandten beim Bundestage führen werde. Nachdem aber, wie schon bemerkt, die Convention in der Hauptsache aufgegeben ist, wird sich die Bundesversammlung wohl schwerlich nachträglich mit derselben beschäftigen.

Die in München stattfindende Generalconferenz des Zollvereins, welcher unter den dormaligen Verhältnissen eine besondere Bedeutung beigelegt werden darf, soll nunmehr am 23. März eröffnet werden. — Bei der Auflösung des bairischen Landtags (S. Nr. 10), scheint auch der Wunsch maßgebend gewesen zu sein, in Sachen des deutsch-französischen Handelsvertrags einen klareren Ausdruck der Anschauungen und Wünsche des Landes zu gewinnen. Ein officiöser Artikel der Bairischen Zeitung deutet dies wenigstens an, und man folgert hieraus, daß die letzten Entschliessungen der bairischen Regierung in jener wichtigen Frage keineswegs unabänderlich festgestellt sind.

Wie früher die badische, so hat am 10. März auch die großherzoglich hessische zweite Kammer dem preussischen Abgeordnetenhaus ihre Anerkennung ausgesprochen.

In Kurhessen sind die Stände um die dringend gewünschte Ausführung des neuen Gemeindegesezes möglich zu machen, der Regierung abermals entgegengekommen, indem sie ihr die nöthigen Geldmittel zur Verfügung stellten, um den nicht wiedergewählten Ortsvorständen bis zur Erlangung einer andern Unterhaltsquelle eine entsprechende Entschädigung zu leisten.

Der König von Hannover hat das Urtheil des Kriegsgerichts, wonach der General und Hofmarschall von Hedemann wegen Veruntreuung zu 25 Jahren Zuchthaus verurtheilt wird, bestätigt.

Die Ständeversammlung des Herzogthums Holstein hat den Antrag, sich beschwerend an die deutsche Bundesversammlung zu wenden, einstimmig zum Beschluß erhoben. Es sollen zu diesem Zwecke alle Actenstücke nach Frankfurt gesandt werden, aus denen sich ergibt, daß die Regierung sich fortgesetzt weigert, den zur Sicherstellung der Rechte und Interessen Holsteins gefaßten Bundesbeschlüssen Folge zu geben. Die Bundesversammlung aber wird gebeten, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, um das schwergeprüfte Land in seinen Rechten nachhaltig zu schützen.